



Herrn Bundesminister  
Sigmar Gabriel  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Berlin, 18. Dezember 2017

### Offener Brief zur alarmierenden Situation in der Demokratischen Republik Kongo

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

unsere Partnerorganisation in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) warnen vor einer Eskalation der Gewalt im Land und möglichen verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Region der Großen Seen. Die allgemeine Sicherheitslage hat sich weiterhin verschlechtert, lokale Konflikte flammen im Osten und im Zentralkongo neu auf. Einmal mehr finden Massaker an der Zivilbevölkerung statt. Ende Oktober dieses Jahres haben die Hilfswerke der Vereinten Nationen (VN) für die DR Kongo mit „Level 3“ die höchste humanitäre Alarmstufe ausgerufen. Die VN zählen bis Ende September rund 1,7 Millionen Binnenvertriebene. Landesweit sind circa 3,9 Millionen Menschen auf der Flucht.

Eine maßgebliche Ursache für die Destabilisierung weiter Landesteile ist der politische Stillstand in der Hauptstadt Kinshasa. Offiziell lief die Amtszeit des Präsidenten Joseph Kabila am 19. Dezember 2016 ab. Die katholische Bischofskonferenz CENCO handelte Ende 2016 das sogenannte Silvesterabkommen zwischen der kongolesischen Regierung und der Opposition aus. Die wichtigsten Punkte des Abkommens beinhalten eine klare Absage an ein verfassungswidriges drittes Mandat Joseph Kabilas und die Durchführung der Präsidentschaftswahlen bis Ende 2017. Kürzlich hat die unabhängige Wahlkommission CENI im November 2017 auf internationalen Druck hin die Präsidentschaftswahlen für den 23. Dezember 2018 angekündigt, allerdings ohne Konsultationen mit der Opposition und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Seit September 2016 nehmen regierungskritische Proteste zu, die sowohl Wahlen als auch soziale und wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte fordern. Sicherheitskräfte töteten seitdem über 150 friedliche Demonstranten und verhafteten hunderte Personen. Alleine im Oktober und November 2017 wurden über 60 Mitglieder verschiedener zivilgesellschaftlicher Jugendbewegungen wie LUCHA und Quatrième Voix ohne Anklage festgenommen. Auch Journalisten werden immer wieder verhaftet, drangsaliert oder zensiert. Im September 2016 erließ die kongolesische Regierung „bis auf Weiteres“ ein generelles Demonstrationsverbot.

Gleichzeitig berät das kongolesische Parlament über eine Verschärfung der NGO-Gesetzgebung, welche die Regierung dazu ermächtigen würde, durch Verordnungen zivilgesellschaftliche Organisationen aufzulösen, wenn sie als staatsfeindlich beurteilt werden.

**Koordinierungskreis:** AGEH [André Maukisch], Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst [Ellen Gutzler, Sieglinde Weinbrenner], Eirene [Christoph van Edig], Misereor [Dr. Cora Laes-Fettback], Pax Christi [Prof. Dr. Heinz Werner Wessler], Vereinte Evangelische Mission [Dr. Jochen Motte]

Des Weiteren verweigert die kongolesische Regierung weiterhin die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission für die Massaker mit über 300 Toten in den beiden Kasai-Regionen in den Jahren 2016 und 2017 und die Massaker mit rund 800 Toten im Nord-Kivu seit 2014. Die Gewalt nimmt allgemein zu, das gilt auch für die ansteigende Zahl der Opfer sexueller Gewalt.

Im Hinblick auf diese gravierende humanitäre, wirtschaftliche, menschenrechtliche und politische Krise in der DR Kongo bitten wir Sie, all ihre Bemühungen auf deutscher und europäischer Ebene sowie im Rahmen der VN zu verstärken und sich für folgende Belange einzusetzen:

Die Abhaltung zeitnaher, fairer und transparenter Wahlen. Die amtierende Regierung und die Opposition in der DR Kongo müssen ernsthafte Anstrengungen veranlassen, die politische Blockade aufzulösen. Dies beinhaltet die zeitnahe, unabhängige und transparente Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, bei denen Präsident Kabila verfassungsgemäß nicht ein drittes Mal kandidieren darf. Zudem ist eine personelle Neubesetzung der unabhängigen Wahlkommission CENI notwendig, da ihre Leitung als regierungsnah gilt sowie die personelle Erweiterung des Gremiums der CENI mit Vertretern von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen. Im Zuge von bilateralen und multilateralen Gesprächen mit kongolesischen Regierungs- und Botschaftsvertretern sollte kontinuierlich der Besorgnis um die sich verschlechternde Menschenrechtssituation und der anhaltenden Einschränkung des politischen Handlungsspielraums Ausdruck verliehen werden und gleichzeitig darauf hingewirkt werden, dass alle gewaltlosen politischen Gefangenen freigelassen werden. Darüber hinaus muss die kongolesische Regierung die Unabhängigkeit der Justiz stärken statt schwächen und faire Gerichtsverfahren gewährleisten. Des Weiteren ist es notwendig, dass von Seiten der Bundesregierung und ihrer Vertretung vor Ort mit Nachdruck darauf gedrängt wird, die Verschärfung des Gesetzes, das den Handlungsspielraum und die Meinungsfreiheit für NGOs stark beschneiden würde, zurückzunehmen.

Der Straflosigkeit Einhalt gebieten. Notwendig ist die Einsetzung einer internationalen unabhängigen Untersuchungskommission zu den Massakern in den Kasai-Regionen und im Nord-Kivu. Unabhängige Experten sollten ohne Beschränkungen seitens der Regierung der DR Kongo oder ihrer Nachbarländer eingesetzt werden, um die Untersuchungen durchzuführen. Die Ergebnisse sollten öffentlich zugänglich sein und gegen die Verantwortlichen strafrechtliche Schritte eingeleitet werden.

Eine Erweiterung der bestehenden EU-Sanktionen. Diese beinhalten Visaverbote, die Einschränkung der Reisefreiheit und das Einfrieren von Konten und Geldern gegen Regierungs- und Sicherheitsleute sowie deren Familienangehörige, die hauptverantwortlich für gewalttätige Repressionen und Menschenrechtsverletzungen sind. Erforderlich ist zudem eine Ausweitung der gezielten Sanktionen für Angehörige der Regierung, Mitglieder der Familie des Präsidenten und Generäle im Sicherheitsapparat, die sich am intransparenten Rohstoffmarkt und mit Hilfe von Dienstleistungen bereichern. In Zukunft muss auch für internationale Wirtschaftsakteure, die in der DR Kongo agieren, Nulltoleranz für Korruption gelten.

Eine Anpassung des Mandats der MONUSCO. Das Mandat der VN-Mission MONUSCO muss den Herausforderungen besonders in der heiklen Periode vor und während der Wahlen entsprechen. Des Weiteren muss sich die MONUSCO strategisch mit den aufflammenden Gewaltherden landesweit beschäftigen und den

Schutz der Bevölkerung als ihre erste Priorität setzen. Benötigt wird eine eingehende Überprüfung der Strategie der MONUSCO und der Anwendung von bspw. Frühwarnsystemen sowie der Vernetzung mit Vertretern der Zivilgesellschaft in entlegenen und gefährdeten Regionen des Landes, damit zukünftig ausreichend Schutz für die Zivilgesellschaft gewährleistet und bereits präventiv eingewirkt werden kann.

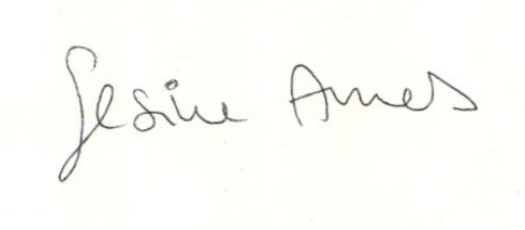
Sehr geehrter Herr Minister, wir danken Ihnen für Ihren Einsatz für die Menschen in einer Region, die wie kaum eine andere über einen langen Zeitraum von Konflikten, Staatsverfall und Korruption betroffen ist.

Wir würden uns freuen, mit Ihnen in dieser Angelegenheit im Dialog zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Motte  
Vorsitzender des Trägerkreises des Ökumenischen Netzes Zentralafrika



Gesine Ames  
Koordinatorin des Ökumenischen Netzes Zentralafrika